



per Telefax/E-Mail

München, 11. Januar 2012

Bayerischer Verwaltungsgerichtshof

- Pressemitteilung -

Quotenregelung im Münchener Ausländerbeirat zulässig

Die von der Landeshauptstadt München getroffene Regelung, wonach in bestimmten Gremien des Ausländerbeirats jede Nationalität durch maximal zwei Mitglieder vertreten sein darf, ist rechtmäßig. Dies hat der Bayerische Verwaltungsgerichtshof (BayVGH) in einem jetzt bekannt gewordenen Urteil vom 24. November 2011 entschieden und damit einen entsprechenden Normenkontrollantrag abgelehnt.

Die zwölf Antragsteller waren als gewählte Beiratsmitglieder türkischer Herkunft von der „Staatsangehörigkeitsquote“ betroffen, deren Einführung auf einen Beschluss des Ausländerbeirats zurückgeht. Die Antragsteller hatten einen Verstoß gegen die demokratische Wahlrechtsgleichheit und den allgemeinen Gleichheitssatz sowie gegen europa- und völkerrechtliche Diskriminierungsverbote geltend gemacht. Das Gericht hielt diese Einwände für unbegründet. Kommunale Ausländerbeiräte hätten lediglich eine beratende Funktion und müssten daher nicht zwingend nach demokratischen Grundsätzen gewählt werden. Nach Auffassung des BayVGH dürfen die Kommunen die Wählbarkeit von Beiratsmitgliedern nach dem Merkmal der Staatsangehörigkeit einschränken, um das – aus einer unterschiedlich hohen Wahlbeteiligung resultierende – Übergewicht von Mitgliedern aus einzelnen Herkunftsländern zu verringern und eine größere Bandbreite an Erfahrungen und Sichtweisen sicherzustellen. Die für den Münchener Ausländerbeirat getroffenen Regelungen seien neutral formuliert und bezögen sich gleichermaßen auf alle Herkunftsländer. Sie führten insbesondere nicht dazu, dass die türkischen Staatsangehörigen, die ca. ein Sechstel der ausländischen Wohnbevölkerung Münchens ausmachten, im Beirat unterrepräsentiert wären. Die Quotierung aufgrund der Staatsangehörigkeit sei auch keine unzulässige Diskriminierung im Sinne des Assoziierungsabkommens mit der Türkei, der Antirassismuskonvention oder der Europäischen Menschenrechtskonvention.

Der BayVGH hat die Revision gegen dieses Urteil nicht zugelassen. Dagegen kann Beschwerde zum Bundesverwaltungsgericht in Leipzig erhoben werden.

(Bayer. Verwaltungsgerichtshof, Urteil vom 24. November 2011, Az. 4 N 11.1412)

Pressesprecher

Ri'inVGH Andrea Breit, Tel. 2130-334, Fax 2130-315
RR'in Susanne Gerdes, Tel. 2130-264, Fax 2130-464

Postanschrift

Postfach 34 01 48
80098 München

Dienstgebäude

Ludwigstr. 23
80539 München

Telefon

(089) 21 30-0

Telefax

(089) 21 30 320

E-Mail: poststelle@vgh.bayern.de

Internet: <http://www.vgh.bayern.de>